



PRESSEMITTEILUNG

ROTH, 23. DEZEMBER 2024

EIN LANDKREISHAUSHALT ALS GEMEINSCHAFTSWERK

Defizit konnte durch konstruktive Arbeit in den Ausschüssen verringert werden - Einstimmiger Beschluss trotz stark gestiegener Kreisumlage

Roth. Die Vier. Die Vier vor dem Komma. Sie war die wohl wichtigste Zahl im Landkreis-Haushalt und zugleich in mehrere Richtungen: Zwar steigt die Kreisumlage um „nur“ 4,9 Prozentpunkte, allerdings ist das gleichzeitig ein Vorstoß in nie dagewesene Dimensionen. Beschlossen wurde der rund 186 Millionen umfassende Etat einstimmig – allerdings begleitet von dunklen Szenarien und warnenden Appellen.

Allen voran denen von Kämmerer Jürgen Lafère, der für seine Arbeit und die Aufbereitung der Zahlen fraktionsübergreifend viel Lob bekam. „So kann es nicht weiter gehen“, mahnte er in Richtung Bund und Land. Von den 4,9 Prozent Kreisumlagen-Steigerung gehen 2,3 direkt an den Bezirk. Nicht der einzige Ausgabeposten, der aus Roth nicht beeinflussbar ist. Wie die Krankenhausumlage, die mit 3,6 Millionen Euro zu Buche schlägt. Bittere Erkenntnis: „Wir sammeln zwar Geld ein, dürfen aber nicht einmal die Hälfte behalten.“

Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben – zwischenzeitlich drohte dem 2025er-Haushalt eine Deckungslücke von 15 Millionen Euro. Nach einem Streichkonzert in den Fachausschüssen, vielen zeitlich verschobenen Maßnahmen und der Senkung der Zuführung zum Vermögenshaushalt auf das Mindestmaß blieben 8,9 Millionen Euro – der Betrag, den die Landkreiskommunen zusätzlich aufbringen müssen. Insgesamt sind es dann 88 Millionen.

„Wie der Haushaltsausgleich 2026 gelingen soll, dafür fehlt mir die Phantasie“, erlaubte der Kämmerer einen Einblick in sein Innenleben. Er wisse, dass die Situation auf Kreisebene früher oder später zu Schwierigkeiten bei den Gemeindehaushalten führen werde und appellierte einmal mehr an Bund und Länder, ihrer Verpflichtung nach zu kommen, für ihre Kommunen einzustehen. „Passiert nichts, geht es an die Substanz.“

Auch Landrat Ben Schwarz (SPD) fragte laut, wie kommunale Selbstverwaltung bei derartigen Rahmenbedingungen noch funktionieren solle. „Es ist bitter. Das, was wir steuern können, ist marginal.“ Dennoch sei es gelungen, die Kreisumlagen-Steigerung unter die Fünf-Prozent-Marke zu drücken. Das sei auch den Mitgliedern des Kreistags zu verdanken, die in den Ausschüssen hart gerungen hätten und zusammen mit der Verwaltung eine Million Ausgaben gespart hätten. Ihnen machte er ein großes Kompliment: Die Diskussionen waren fair.



PRESSEMITTEILUNG

„Ein Brett und eine Belastung für die Kommunen“, nannte Michael Kreichauf für die CSU den Haushalt. Eine nochmalige Erhöhung der Kreisanlage in vergleichbarer Höhe würde den Gemeinden die Luft zum Atmen nehmen. Er nahm die Standards ins Visier. „Vielleicht ist es uns die letzten Jahre zu gut gegangen“, dachte der Thalmässinger, der den erkrankten Udo Weingart vertrat, laut nach.

Markus Mahl (SPD) machte ein strukturelles Problem aus. Entweder Bund und Länder würden für eine bessere finanzielle Ausstattung der unteren Ebenen sorgen oder ihnen nicht weitere Aufgaben aufbürden. Das Sparen tue weh, meinte der Hilpoltsteiner Bürgermeister, und nannte als Beispiel eine gestrichene Stelle in der Asylsozialarbeit. Nicht angesetzt werden soll der Rotstift an der Kreisklinik („zu ihr stehen wir“) und im Bereich Bildung.

Die Vorberatungen zum Haushalt hätten sein „ausgeprägtes Vertrauen in die Landkreisverwaltung gestärkt“, sagte Thomas Schneider (Freie Wähler), der wie die anderen Redner das gute Miteinander auf Kreisebene herausstrich. „Wir haben kein Einnahmenproblem, sondern uns galoppieren die Ausgaben davon“, analysierte er. Es werde eine Herausforderung, andere Standards festzulegen. Dieses Mal sei es noch gelungen, harte Einschnitte zu vermeiden. „Ich befürchte aber, dass noch stärkere, blutigere folgen.“

Von einer ernsten Lage sprach Felix Erbe für die Grünen. „Wenn sich nicht ändert, dass die Kosten von oben weitergeschoben werden, kollabieren die kommunalen Finanzen“, prognostizierte er. Den fraktionsübergreifenden Konsens zu Klinik und Bildung ergänzte er um die positive Nachricht zum möglichen Ausbau der S-Bahn nach Hilpoltstein. Dies entlaste die Kommunen, weil sie dann nicht teure Busse auf die Straße schicken müssten.

Gert Sorgatz (FDP) nannte die diesjährigen Haushaltsberatungen die „intensivsten, die ich hier je erlebt habe“ und sprach von großer Sachkompetenz und einem beeindruckenden guten Miteinander über Parteigrenzen hinweg.

„Das Geld wäre schon da, nur ist es falsch verteilt“, meinte Cornelius Vogt für Die Linke. Kürzungen im sozialen Bereich oder in der Arbeit gegen Rechts täten weh. Zudem müsste man mit Blick auf den Klimawandel eigentlich auch viel mehr in den Katastrophenschutz investieren.

Auch die AfD stimmte dem Haushalt zu, verzichtete aber auf eine Haushaltsrede: Deren Fraktionssprecher Joachim Karney war kurzfristig erkrankt und von seinen beiden Parteikollegen wollte keiner dessen Manuskript vorlesen.